PB.L-01-589

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Hamburg-Altona
Beschlussdatum:	28.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 588 bis 589 einfügen:
ein Ende der Fischereisubventionen, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von großflächigen Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig. Wir nehmen die internationale Rolle Deutschlands als einer der weltgrößten Importeure für Fischereiprodukte ernst und setzen uns im Kampf gegen die illegale (IUU-) Fischerei für Transparenz in den globalen Lieferketten ein.

Begründung

Die illegale, nicht gemeldete und nicht regulierte (IUU-)Fischerei stellt eine der größten Bedrohungen für die Meeresumwelt und die Schaffung nachhaltiger Fischerei dar. Sie steht außerdem im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in der globalen Fischereiindustrie. Neben Kontrollen auf staatlicher und internationaler Ebene kann Transparenz in den Lieferketten dafür sorgen, IUU-Fischerei unrentabel zu machen. Altona als Handelsplatz für Fisch und Fischereiprodukte aus der ganzen Welt kommt dabei eine zentrale Rolle zu. In Altona liegt nicht nur der traditionelle und noch immer für die ganze Stadt noch heute relevante Fischmarkt, auch die für Kontrollen von Fischimporten zuständige Bundesbehörde (BLE) hat ihre Büros in der Haubachstraße. Der KV Altona sollte darum der GRÜNE Kreisverband sein, der dieses Ur-Grüne Thema in unser Wahlprogramm bringt.